

Pathos als Erinnerungshilfe?

Sachsenhausen: Die städtebauliche Entwicklung eines historisch schwer belasteten Gebiets

Von Walter Zschokke

Soll man, oder soll man nicht – ein Gebiet urbanisieren, auf dem die ehemaligen Kasernengelände des Bewahrs eines Konzentrationslagers stehen? Ein städtebaulicher Wettbewerb in Deutschland näherte sich kürzlich dieser Frage mit großer Behutsamkeit. Es ging um die an das Lagergelände anschließenden Kasernen beim ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen in Oranienburg bei Berlin.

Sachsenhausen war eines der drei großen Konzentrationslager in Deutschland, das „Lager“ für Berlin, auf einer 16 Hektar großen, dreieckigen Fläche, in zugleich zynischer und kleinkrämerischer Weise geplant und ab 1936 in mehreren Schüben erbaut. Mehr als 10.000 Menschen waren ab 1938 ständig dort eingepfercht; sie wurden durch Schwerstarbeit und Repression systematisch zugrunde gerichtet. Einige Zehntausend wurden einfach ermordet. Täglich lieferte der totalitäre Unterdrückungsapparat neue Opfer ein.

Nach Kriegsende, bis 1950, dienten die Lagerbaracken der sowjetischen Besatzungsmacht als Gefangenenlager. Das ehemalige Lagergelände ist seither Mahn- und Gedenkstätte. Die zugehörigen Kasernenbauten liegen verstreut auf einem 44 Hektar messenden, anschließenden Gebiet, an dessen Südwestecke die Zentralverwaltung aller Konzentrationslager des Deutschen Reiches im sogenannten T-Gebäude residierte. Bis 1989 waren in den Kasernen Truppen einquartiert.

Die Stadt Oranienburg ist eine späte Gründung aus dem 17. Jahrhundert, mit einem barocken Schloß als Kern. Die langsam gewachsene Bebauung fand aber nicht zu einer geschlossenen „Figur“, wie sie uns von historischen Stadtkernen her bekannt ist. Zur Zeit zählt die Stadt knapp 30.000 Einwohner.

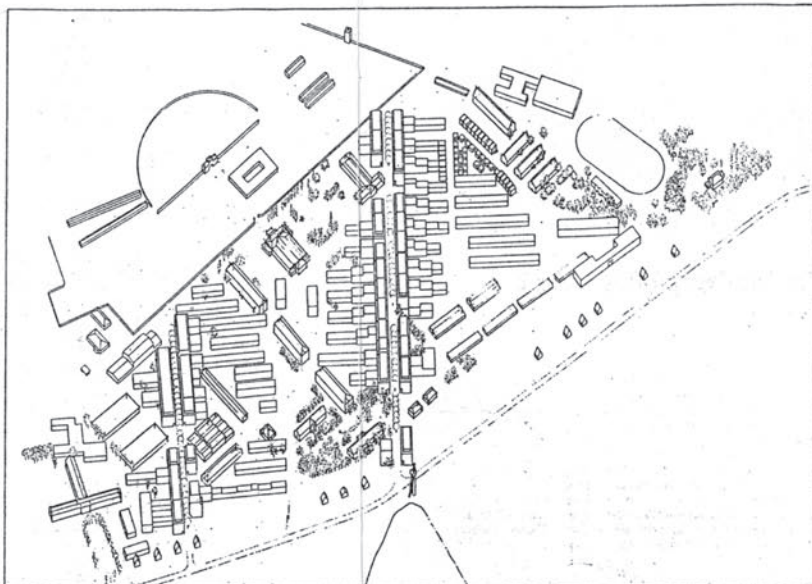
Die Wettbewerbsausschreibung, die geprägt ist von kenntnisreichen und ausführlichen Stil des Jurymitglieds Dieter Hoffmann-Axthelm, erläutert die komplexe Problematik der kleinen Stadt, die vom ehemaligen Konzentrationslager und sei-

nen Folgen nicht erdrückt werden möchte. Daraus resultierte der Wunsch, das Kasernengelände zu bebauen und urban zu verdichten: „Nur die Herstellung von Stadt kann leisten, was verlangt ist. Es müssen alle Funktionen der Stadt anwesend sein oder zumindest so viele wie möglich.“

Sechs Architekten, darunter Daniel Libeskind aus Berlin, die Kasseler Baufrösch und Hermann Czech aus Wien waren zur Teilnahme geladen. Der Jury gehörten neben anderen Otto Steidle, H. W. Hämer und Bruno Flieler an. Geleitet von Benedict Tonn, dessen Name einigen Fachleuten vom Wiener Architekturseminar 1991 her geläufig sein dürfte, setzte sie die Arbeit von Hermann Czech und seinem Team auf den ersten Rang.

Anders als einige seiner Mitkonkurrenten, die eine mehr oder weniger moderate Blockrandbebauung vorschlugen, legte Hermann Czech diagonal zur Struktur der Kasernenbauten zwei neue Straßenräume mit beidseitiger vier- bis sechsgeschödigter Bebauung in gemischter Nutzung, an die kammartig in der Höhe abgestufte Zeilen mit Wohnungen, vornehmlich in Reihenhäusern, anschließen. Damit gelingt es ihm, den Bestand zu bewahren und ihn weder zu verdecken noch hervorzuhoben. Das Neue steht ganz einfach ruhig, teilweise recht nahe neben dem bauhistorisch belanglosen Alten.

Wichtiger als die volumetrische Beziehung der Gebäude ist aber der voraus-sichtliche Urbanisierungsgrad: Die beiden Straßenräume sind Grundelemente der Begegnung und des urbanen Lebens, gleichsam Keime künftiger Stadt, wo jeder täglich sein Scherlein an der historischen Last übernehmen kann, ohne davon erdrückt zu werden. Einem Zuviel würden die ansässigen Menschen durch Verdängen oder Abstumpfung begegnen. Damit sind die neu vorgeschlagenen Elemente den isoliert stehenden Kasernenstrukturen mehrfach überlegen. Die übrigen Quartierstraßen werden frei zwischen den beiden Straßen geführt; ein Netz von Fußwegen bildet die Feinverteilung.



ZWEI NEUE, URBANE STRASSEN-RÄUME: HERMANN CZECHS PLAN FÜR DAS KASERNENGELÄNDE

Eine derartige Konzeption enthält sehr viel Kenntnis des menschlichen Alltags und bildet damit den Ansatz zu einem länger dauernden Prozeß des Erinnerns und des Einfügens der historischen Elemente in die alltägliche Normalität, was alles andere als ein Vergessen meint. Dieser Haltung, die auf ein langsames Abarbeiten eines Teils der historischen Last hinzield, steht im Projekt Libeskind eine fundamental andere Position gegenüber, die das gesamte Gelände, das Lager der Opfer und die Kasernen ihrer Bewacher und Peiniger als unbewohnbar einst und als Gedenkstätte sehen will.

Daniel Libeskind schlägt daher vor, einen Teil des Geländes abzugraben, die Fundamente der Gebäude freizulegen und aus einem der nahen Kanäle Wasser einzuleiten: „Besucher können auf aufgeständerten Stegen laufen und den zunehmenden Verfall der Gebäude beobachten und dabei diesen Ort als neue Taufe sehen.“ Die ausgehobene Erde wäre auf dem anderen Teil des umzäunten Gebiets aufzuschütten und dicht mit einheimischen Gehölzen zu bepflanzen.

Nach dem Wettbewerbsentscheid hat sich eine öffentliche Kontroverse erhoben, um die eingangs genannte Frage, ob das von der Jury mit einem Sonderpreis versehene, aber nicht zur Realisierung vorgeschlagene Projekt von Daniel Libeskind für diesen Ort nicht der bessere Vorschlag sei. Das Pathos, das aus seinem

Vorschlag spricht, fordert aber Fragen heraus: Fragen nach den Formen, in denen sich heute ein angemessenes Erinnern noch zu konkretisieren vermag. Die museale Praxis der letzten Jahre hat gezeigt, daß undifferenziert „pädagogistische“ Konzepte, die versuchen, die Nachgeborenen in mechanisch-finalistischer und überhöhter Weise mit der Geschichte zu konfrontieren, nicht die erhoffte oder eine gegenteilige Wirkung zeigen. Sie werden absoviert wie andere Lehrveranstaltungen, im schlimmsten Fall verkommen sie zu lästigen Pflichtübungen.

Wie bei Petrus, der, über Paulus redend, mehr über sich selbst als über Paulus aussagt, sagt die Art, wie wir heute mit Erinnerung, mit Geschichte umgehen, mehr über uns Heutige aus als über die eigentliche Historie. Daher ist das ästhetisiertere Pathos, „einer zentralen deutschen Gedenkstätte“ gefährdet, hohl zu klingen. Die immense Arbeit und die gewaltigen Erdbewegungen, welche der historischen Zwangsarbeit nachgesendet würden, nähden den Verdacht einer narzisstischen Überidentifikation bei Gestalter und Planern von heute.

Bereits jetzt wird mit jährlichen Besucherzahlen in der Größenordnung von einigen Hunderttausend argumentiert, und der Wechsel des Regierungssitzes nach Berlin läßt mit regelmäßigen Visiten hoher Staatsgäste rechnen. Der Gegensatz Gedenkstätte oder permanenter touristi-

scher Jahrmarkt wird daher zur Gewissensfrage.

Aber wie kommen die heutigen Oranienburger dazu? Sollen sie zu Statisten und zum Personal einer fast 60 Hektar großen Gedenkstätte werden, auf die Gefahr hin, daß Oranienburg, wie die Jury es formulierte, „ein zweites Mal traumatisiert wird“? Für jene, die täglich mit einer Mahn- und Gedenkstätte leben, bietet ein dezentrales Konzept mit präzisen Hinweisen und individuell-konkreten Erinnerungsmalen, die im Kontext einer städtebaulichen Entwicklung eingebettet sein könnten, wie dies Hermann Czech vorschlägt, eine lebbarere Möglichkeit.

Die Alternative, eine stille Entwicklung, die das Wachsen der natürlichen Vegetation und den langsamen Zerfall der Zwangsanlagen einbezieht, die auch als Ruinen ihren Erinnerungswert bewahren, bedarf nicht des aufwendigen Pathos und der künstlich aufgeregten Überhöhung. Die alltägliche Natur einer Stadt oder die alltägliche Natur der Natur sind als weitere Kulturschicht besser geeignet, Erinnerung zuzulassen, als eine dem modischen Heute verpfllichtete Tabula rasa. Diese Erkenntnis läßt sich an der Entwicklung jeder Stadt, aber auch jeder Landschaft nachvollziehen. Man muß es nur wachen Sinnes wollen. Dieses Wollen jedoch läßt sich anderen Menschen auch mit scheinbar künstlerischen Mitteln nicht aufzwingen.